

Flucht und Migration

Dass die Menschheit immer stärker in Bewegung ist, gehört zu den Trends, die sich 2015 beschleunigt fortgesetzt haben. Vier Reportagen und Analysen darüber, wie wir die Flüchtlingshilfe verbessern können, was ein Blick in die Türkei lehrt und wie sich die Belange der Betroffenen besser berücksichtigen ließen.

Vinzenz Himmighofen, Martin Winkler, Luisa Seiler, Melanie Quintero

Gefährliche Passage: Ein überfülltes Boot mit syrischen Flüchtlingen auf dem Weg zur Insel Kos, Griechenland

Die Migration managen

Wie man das Beste aus der Auswanderung macht: Erkenntnisse aus Georgien

Vinzenz Himmighofen | Der Übersetzer schwitzt. In seiner kleinen Kabine ist es wahrscheinlich noch deutlich wärmer als in dem schlecht klimatisierten Raum, in dem wir uns befinden. Die Belüftung läuft zwar auf Hochtouren, doch die kühle Bergluft des georgischen Bergorts Qvareli dringt nicht in das Konferenzzentrum. Einige Teilnehmer haben Handouts zu Fächern umfunktioniert.

Vielleicht ist es auch der verbale Schlagabtausch, der dem Übersetzer zu schaffen macht. Er soll ihn aus dem Georgischen ins Englische übersetzen, doch es geht einfach zu schnell. Die Kontrahenten sind ein Verwaltungsbeamter aus einer Kleinstadt westlich von Tiflis und eine Mitarbeiterin der staatlichen Kommission für Migrationsfragen. Es ist ein ungleiches Duell. In der Kommission sind offiziell alle maßgeblichen Entscheider in Sachen georgische Migrationspolitik vertreten. Die Kleinstadt des Beamten gehört nicht dazu.

Aufgrund der schleppenden Übersetzung bekomme ich nur die Hälfte mit. Doch um zu begreifen, woran die georgische Migrationspolitik scheitert, muss man gar nicht jedes Wort verstehen: Die Politik wird in der Hauptstadt gemacht, ihre Folgen dagegen sind vor allem in den ländlichen Gebieten zu spüren. Die Menschen ziehen von der Peripherie entweder nach Tiflis oder gleich ins Ausland – zum Studium und zur Arbeitsaufnahme. Viele gehen für immer.

Die Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen UNDESA schätzt, dass der arbeitende Anteil der Bevölkerung in Georgien bis 2050 um ein Drittel schrumpfen wird. Dazu trägt in hohem Maße die Emigration junger Menschen bei. Die Gründe dafür sind so vielfältig wie offensichtlich. Zu wenig Jobs, Infrastrukturschwäche, mangelnde Verzahnung von Bildungssystem und Arbeitsmarkt sowie die geopolitisch angespannte Lage gehören zu den wichtigsten. Und so bleibt es ein Problem, dass lokale Behörden in Migrationsfragen scheinbar weder zählbaren Einfluss noch Mitspracherecht haben.

Alle Ebenen zusammen

Während der dreitägigen Politikberatungsveranstaltung, die das „Centrum für Internationale Migration und Entwicklung“ in Zusammenarbeit mit dem georgischen Justizministerium und weiteren Partnern in Qvareli veranstaltet, geht es darum, solche Defizite aufzudecken und Lösungen zu entwickeln. Der Teilnehmerkreis besteht vorwiegend aus Ministeriums- und Behördenmitarbeitern.

„Vertikale Kohärenz“ lautet schließlich das Zauberwort, auf das man sich einigen kann. Gemeint ist die Koordination verschiedener politischer Steuerungsebenen – vom Bürgermeister bis zum Staatspräsidenten. Dass es nicht ausreicht,

eine Kommission zu gründen, an der nur Institutionen der höchsten Ebene beteiligt sind, leuchtet allen Beteiligten ein. Die Ankündigung, sich in Zukunft stärker auszutauschen, ist mehr als eine hohle Phrase – und nicht selbstverständlich. Denn während der Gesprächsrunden geht es auch um Gesichtswahrung.

Abgesehen von Abstimmungsfragen gibt es in Georgien aber noch einen weiteren guten Grund, lokale und nationale Ebenen in der Migrationspolitik besser zu verzahnen. Denn so laut die Klagen über die Auswanderungsströme sind, so sehr ist von georgischer Seite bisher unterschätzt worden, was die Ausgewanderten zur Entwicklung ihres Herkunftslands beitragen können. Lange hat man sich darauf konzentriert, die Menschen zur Rückkehr zu bewegen – mit mäßigem Erfolg. Wenn man nun darüber nachdenkt, wie man sie stärker einbinden kann, dann ist das für viele Teilnehmer ein kleiner Paradigmenwechsel. Er erfordert nicht nur, sich das Scheitern der bisherigen Politik einzugestehen, sondern auch zu akzeptieren, dass viele Menschen sich dauerhaft gegen eine Rückkehr nach Georgien entscheiden.

Es gilt zu akzeptieren, dass viele Menschen sich dauerhaft gegen die Rückkehr entscheiden

Eine Kollegin erläutert, welche Wege andere Länder eingeschlagen haben, um die Diaspora stärker ans Heimatland zu binden. Es zeigt sich, dass die beständigsten Verbindungen oft die zum Heimatort, zur Herkunftsregion sind. Erfolgreiche Programme haben sich das zunutze gemacht und Möglichkeiten eröffnet, wie Menschen gezielt Projekte in ihrer Herkunftsregion fördern und dabei vom Staat unterstützt werden können. An dieser Stelle wird die Zusammenarbeit über Verwaltungs- und Regierungsebenen hinweg unabdingbar.

Die hitzigsten Diskussionen des Workshops entwickeln sich dann, wenn es ums Geld geht – und zwar vornehmlich um solches, das von der Diaspora zurück nach Georgien geschickt wird. Rund 10 Prozent des georgischen Bruttoinlandsprodukts sind auf diese Rücküberweisungen zurückzuführen. Die Meinungen, wie mit diesem Sachverhalt politisch umzugehen sei, divergieren stark. In einer Diskussionsgruppe, die ich moderiere, geht es um die Frage, welche Rolle der Staat bei der Förderung von Rücküberweisungen einnehmen kann. Es beginnt eher schleppend. Ich versuche, noch einmal möglichst neutral den Rahmen zu klären, in dem sich staatliche Akteure bei diesem Themenfeld bewegen können: Stärkung des Wettbewerbs unter den Überweisungsdienstleistern, Abbau regulatorischer Hürden, Aufbau von Plattformen für auslandsfinanzierte Entwicklungsprojekte etc. Die Liste ließe sich beliebig fortführen.

Vor allem eine Teilnehmerin will darüber aber gar nicht sprechen. Sie findet, es sei keine öffentliche Aufgabe, bei Geldflüssen zu vermitteln, die zwischen zwei privaten Parteien ausgetauscht werden. Und sie fürchtet die Korruption, die damit einhergehen könnte. Diesen Einwand finde ich nicht ganz unberechtigt. Das geht allerdings nicht allen am Tisch so, woraufhin eine verbissene Diskussion beginnt. Es ist dem Niveau der Debatte allerdings nicht gerade zuträglich, dass die meisten Teilnehmer sich offenbar noch nie mit dem Thema beschäftigt haben. So bleibt das Ergebnis am Ende eher dürftig, auch wenn ich mir nicht viel erhofft hatte. Gleichwohl war es wichtig, den Diskussionsprozess anzustoßen.

An dieser Stelle geht es zurück ins Plenum und in die Sitzung zum Thema Rückkehr und Reintegration. Es verspricht dynamischer und konstruktiver zu werden, denn hier kennen sich die meisten Teilnehmer besser aus. Der Übersetzer hat seinen Platz in der Kabine eingenommen, mit der Linken fächernd, mit der Rechten trinkend, vor ihm drei weitere Flaschen. Wir prostet uns zu. ••

Vinzenz Himmighofen absolvierte seine Kolleg-Stagen in Genf, Frankfurt a. M., Tiflis und London.

Gutes besser tun

Die auf Flüchtlingslager konzentrierte internationale Hilfe muss umdenken

Martin Winkler | „Jeden zweiten Tag bekommen wir das Gleiche zu essen. Es hängt uns zum Halse raus. Und nie gibt es Fleisch“, schimpft die Mutter einer neunköpfigen Familie. Andere Bewohner des Flüchtlingslagers Gaziantep nahe der türkisch-syrischen Grenze pflichten ihr lautstark bei. Omar, ebenfalls aus Syrien geflohen und als freiwilliger Helfer bei der Essensausgabe tätig, reagiert gelassen: „Lauf doch ins nächste Dorf und kauf dich dort Fleisch, wenn ihr unbedingt welches wollt.“ Später sagt er mir: „Es ist nicht so, dass die Leute völlig arm wären. Sie haben durchaus Ersparnisse, von denen sie sich Fleisch kaufen könnten. Die meisten wollen es aber natürlich lieber umsonst bekommen.“

Während meiner Zeit im Camp erzählen mir viele Menschen ihre Geschichte. Der syrische Bürgerkrieg ist für alle ein enormer Bruch in ihrem Lebensweg. Medya und Sozdar etwa sind mit ihren Eltern und Geschwistern zweimal vor den vorrückenden IS-Terroristen geflüchtet – zuerst aus Rakka in den kurdischen Norden, dann vor dem erbitterten Kampf um Kobane 2014 in die Türkei. Ihre einstige Heimatstadt ist heute zu 80 Prozent zerstört. Seit Jahren besuchen sie keine Schule mehr, und für die heute 13 Jahre alten Mädchen führt auch kaum ein Weg zurück: Sie werden demnächst verheiratet.

Den in Lagern lebenden Flüchtlingen geht es noch vergleichsweise gut

Dennoch: Den in Lagern lebenden Flüchtlingen geht es vergleichsweise gut. Dort gelten in der Regel die „Sphere Project“-Standards, in denen unter anderem festgelegt ist, dass der Weg zur nächsten Wasserquelle nicht mehr als 500 Meter betragen darf, dass pro 250 Personen ein Wasserhahn vorhanden sein und jedem Bewohner ein Minimum von 7,5 Litern Wasser am Tag zur Verfügung stehen muss – zweieinhalb Liter zum Verzehr, zwei Liter zur Hygiene, drei Liter zur Essenszubereitung. Auch die Versorgung mit mindestens 2100 Kilokalorien pro Person pro Tag ist festgeschrieben. Schwangere Frauen sollen zusätzliche 300 Kilokalorien, stillende Mütter 500 Kilokalorien erhalten.

Und doch steuert die weltweite Flüchtlingshilfe auf eine Krise zu. Die Standards können nur gehalten werden, sofern genügend finanzielle Mittel vor-

handen sind. Der regelmäßig von den UN errechnete Hilfsbedarf ist derzeit nur zu rund 60 Prozent gedeckt. Hinzu kommt, dass sich heute über die Hälfte aller weltweit Vertriebenen in Städten aufhalten – ohne eine Infrastruktur, die ihr Überleben sichert: keine geeignete Unterkunft, kein oder nur ein sehr begrenzter Zugang zu Trinkwasser, keine Gesundheitsversorgung. So sterben heutzutage mehr hilfsbedürftige Menschen in urbanen Räumen als in Flüchtlingslagern.

Darauf ist die Flüchtlingshilfe bislang nicht richtig eingestellt: Die urbane Umwelt erfordert es, Programme anzupassen und neue Partnerschaften zwischen Entwicklungsorganisationen, städtischen Stellen und lokalen Akteuren aufzubauen. Noch gibt es kaum Evaluierungen, was funktioniert und was nicht.

Nach Europa oder zurück in die Heimat?

Die wichtigsten Geldgeber und Schlüsselinstitutionen – die Regierungen der Aufnahmeländer, die UN-Organisationen und die NGOs – müssen sich der neuen Realität stellen; ein guter Startpunkt dürfte der Weltgipfel für humanitäre Hilfe im kommenden Mai in Istanbul sein. Ziel des Treffens ist es, eine neue Hilfsarchitektur zu entwerfen, um humanitäre Nöte effektiver zu lindern. Es braucht ein flexibles System, mit festgelegten Zuständigkeiten. Lokale Akteure müssen berücksichtigt, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen gestärkt werden. Eine wichtige Rolle spielt die Kommunikation: Wer in einem abgelegenen Dorf ein Mobiltelefon hat, dessen Akku sich an einer Solaranlage aufladen lässt, der kann im Krisenfall schnell den genauen Hilfsbedarf übermitteln. Von Kriegssituationen abgesehen, könnte das eine weite Flucht weniger wahrscheinlich machen.

Im Flüchtlingslager Gaziantep wägt derweil jede Familie ab, ob sie weiter abwarten, ein besseres Leben in Europa suchen oder zurück in die Heimat gehen soll. Die Syrer werden in der Türkei lediglich geduldet; sind sie einmal zurück in ihr Heimatland gegangen, wird ihnen eine erneute Rückkehr in die Türkei verwehrt. Mitunter geht der Vater einer Familie voraus, Frau und Kinder bleiben im Camp. Die Rückkehr kann lebensgefährlich sein: In Gebäudetrümmern sind oft Blindgänger verborgen. Und zieht sich der IS zurück, hinterlässt er in der Regel verminte, mit Sprengfallen durchsetzte Gebiete. Eine Küchenhelferin erzählt mir, ihr Cousin sei nach Kobane zurückgekehrt, um sein von den Kämpfen weitgehend zerstörtes Haus in Augenschein zu nehmen. Beim Öffnen des Gefrierschranks zündete ein Sprengsatz, er kam ums Leben.

„Wir brauchen ja gar nicht viel Besitz. Hauptsache, ich kann mit meiner Familie in Sicherheit leben – das ist alles, was ich will“, sagt mir ein Mann, der in Syrien vier Häuser besaß, die allesamt zerstört wurden. Heute ist dennoch ein Festtag für ihn und die anderen Bewohner des Camps. Jemand aus dem türkischen Nachbarort hat ein Schaf vorbeigebracht. Nachdem der Tierarzt bestätigt hat, dass es gesundheitlich unbedenklich ist, verbreitet sich im Flüchtlingslager in Windeseile die Meldung: „Heute gibt es Fleisch!“ ••

Martin Winkler war während des Mercator-Jahres u.a. in Gaziantep (Türkei).

In Städten sterben heute mehr hilfsbedürftige Menschen als in Flüchtlingslagern